

Die Bonner Politik der „Anpassung“

an das neue internationale Kräfteverhältnis und die daraus resultierende modifizierte Anwendung der „innerdeutschen Formel“

Von Genossen Dr. Rudolf Jenak, Sektion Marxismus-Leninismus

Mehr als zwanzig Jahre Bonner Deutschland-Politik lassen sich eindeutig als Politik der Erpressung, des politischen und militärischen, des ökonomischen und ideologischen Druckes gegenüber der sozialistischen DDR charakterisieren. Diese heute gescheiterte Politik durchlief mehrere Etappen, wurde unter durchaus verschiedenartigen Losungen ins Spiel gebracht. Die CDU Adenauers, die CSU Strauß sowie die Sozialdemokratie und die FDP waren sich bei allen parlamentarischen Wortgefechten in ihrer Todesfeindschaft gegenüber dem sozialistischen deutschen Staat völlig einig. Mehrfach haben Regierung und Opposition in Bezug auf diese Frage ihre vollständige Übereinstimmung erklärt, wie dies besonders spektakulär Herbert Wehner am 30. Juni 1960 zum Ausdruck brachte.

Der erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat ist eine permanente Infragestellung der Existenz des deutschen Imperialismus überhaupt. Sein Entstehen, seine staatliche Behauptung, seine zunehmende internationale Anerkennung wirken auf vielfältige Weise ständig in das dem deutschen Imperialismus verlebene Herrschaftsgebiet hinein. An den gut geschützten Grenzen der DDR erkennt er die enger gewordenen Grenzen seiner Macht. Solange er aber Macht besitzt, wird der Imperialismus niemals aufhören, gegen diesen ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat zu handeln. Der Spielraum dafür ist kleiner geworden. Die Möglichkeiten, die Entwicklung unseres Landes zu stören, sind im Schwinden. Aber sie sind noch da; gerade seit 1960, seit dem Amtsantritt der SPD/FDP-Regierung versucht der deutsche Imperialismus, mit scheinbar neuen Losungen und mit dem Anschein noch unverbrauchter, politisch weniger kompromittierter Kräfte, eine neue Attacke gegen die DDR einzuleiten.

Während sich der CDU-Kanzler Kiesinger bis zuletzt gegen die in der westdeutschen Öffentlichkeit breit diskutierte Anerkennung der DDR wandte, sich bis zur Lächerlichkeit gegen das „Gebilde“, dessen Namen er nicht aussprechen mochte, wandte, sprach sein Nachfolger Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 offen aus: „Die DDR ist ein selbständiger Staat mit einer eigenen Gesellschaftsordnung.“

Seine Bereitschaft, mit der Regierung der DDR zu verhandeln, begründete Brandt mehrfach, ausdrücklich in den Beratungen von Erfurt und Kassel, mit der Absicht seiner Regierung, „das Los der Deutschen in der DDR“ erleichtern zu helfen und so den „Weg zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation“ offenzuhalten. Am Ende seiner „Deutschlandpolitik“ werde die „Wiedervereinigung“ stehen.

Damit war eine neue Variante in der antisozialistischen Politik des deutschen Imperialismus gefunden worden. Die seit Jahren von der Regierung der DDR angebotenen Verhandlungen über gemeinsam interessierende Angelegenheiten, wie sie stets zwischen souveränen Staaten geführt werden, wurden von Bonn kurzweg als „innerdeutsche Verhandlungen“ deklariert. Verhandlungen über das Transitabkommen BRD-Westberlin, Verkehrsabkommen und weitere auf der Tagesordnung stehende Gespräche, bei denen das von Brandts Vorgängern Versäumte aufgearbeitet werden muß und die der Entspannung dienen, werden politisch gegen die sozialistische DDR ausgebeutet.

Das in aller Welt mit Genugtuung zur Kenntnis genommene Scheitern der berühmten Hallstein-Doktrin, das mit der Unterschrift Brandts unter die Ver-

träge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen bezüglich der Grenzen der DDR auch völkerrechtlich besiegelt wurde, wird faktisch durch die Außenpolitik Bonns zurückgenommen. Als Scheel-Doktrin findet sie ihre Fortsetzung mit dem Argument: Wer jetzt die DDR völkerrechtlich anerkennt, greife in die schwebenden „innerdeutschen“ Verhandlungen ein, belaste sie und beuge damit einen unferlichen Akt gegenüber Bonn. Die Bonner Regierung werde von Fall zu Fall entscheiden, ob sie mit Abbruch der Beziehungen oder mit anderen Sanktionen reagieren werde.

Gleichzeitig aber hat Bonn unter diesen Bedingungen volle diplomatische Beziehungen zu Staaten aufgenommen, die gleichartige Beziehungen auch zur DDR haben: Jugoslawien und Algerien.

Hintertür für Absichten Bonns

Die Regierung der DDR hat wiederholt die anmaßende Bonner Formulierung von den „innerdeutschen Verhandlungen“ zurückgewiesen. Diese Lösung ist nichts anderes als eine diskriminierende Wertung des Charakters der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als unterhalb des Völkerrechts liegend. Sie dient der Fortsetzung der Politik der Bevormundung, der Einmischung auch in die Kompe-

tenzen anderer souveräner Staaten. Letzten Endes ist diese „innerdeutsche Formel“ die Hintertür für die niemals aufgegebenen Absichten der BRD, die DDR bei „günstiger politischer Großwetterlage“ zu liquidieren und sie in Form einer „Wiedervereinigung“ dem Herrschaftsgebiet des Monopolkapitals wieder einzuverleiben.

Die Wirksamkeit dieser ausgesprochen nationalistischen Politik Bonns gegenüber den Bürgern der DDR ist gering. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat den Sinn und Zweck dieser spekulativen Lösung rechtzeitig aufgedeckt. Brandts Worte von der „Nation als Dach“, unter dem sich alle Deutschen zusammenfinden müßten, verfügen bei uns nicht. Die Feindschaft zur DDR - Adenauer sprach von Todesfeindschaft - die Ausplünderung der DDR unter Mißbrauch der offenen Grenze, das hysterische Geheul an der Mauer und die ständigen Forderungen, die Grenzen durchlässig zu machen, werden von unseren Menschen richtig als Ausdruck eines tiefen und unversöhnlichen Klassengegenseitens zwischen den beiden Gesellschaftssystemen DDR und BRD verstanden.

Was soll da das Appellieren an verwandtschaftliche Beziehungen, an die geschichtliche Vergangenheit, an Nationalbewußtsein, was soll das Gejammer über Inland und nicht Ausland? Es ver-

fangt nicht. Jene, die diese Worte im Munde führen, haben ihren eigenen Beitrag zur Spaltung der Nation geleistet, haben verhindert, daß auch auf dem Gebiet der BRD der historische Fortschritt siegte.

In der politischen Öffentlichkeit der BRD hat die Fähigkeit der Partei der Arbeiterklasse in der DDR, mit den Bonner nationalistischen Attacken fertig zu werden und die eigene Konzeption der nationalen Frage weiterzuentwickeln, tiefen Eindruck gemacht. Die Beschlüsse des ZK, besonders aber die Feststellungen des VIII. Parteitag der SED, über die Herausbildung der DDR als sozialistischer deutscher Nationalstaat, die Charakterisierung der BRD als Rest der im Feuer des zweiten Weltkrieges untergegangenen deutschen Nation sind längst ideologisches und politisches Eigentum unseres Volkes geworden. Unsere Menschen lehnen das Geschwätz von der Regelung innerdeutscher Beziehungen ab. Sie unterstützen die auf Entspannung, völkerrechtliche Anerkennung der DDR und Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen DDR und BRD gerichtete Politik unserer Regierung.

Dieser Sachverhalt entgeht den Ideologen des Monopolkapitals natürlich nicht. Sie reagieren so, wie es für ihre gleichen in der Situation der „Anpassung“ typisch ist: Während die offizielle Bonner Politik noch die „natio-

nale Variante“ strapaziert, sind sie bei der Ausarbeitung der Losungen und Zielsetzungen für die Zeit nach der Aufgabe der innerdeutschen Formel.

III

Unter der recht eindeutigen Überschrift „Deutsche Einheit und europäische Friedensordnung - Perspektiven nach dem Moskauer Vertrag“ unterbreitet ein Tübinger Professor für öffentliches Recht und auswärtige Politik in einer halbamtlichen Bonner Zeitschrift*) Vorschläge, wie die alten Ziele der Unterminierung der DDR unter den neuen Bedingungen mit neuen Losungen erreicht werden können. Wenn wir davon ausgehen, daß die Unhaltbarkeit der modifizierten Scheelsschen innerdeutschen Variante immer offensichtlicher wird, so erlangen die Vorschläge des Herrn Thomas Oppermann doch eine gewisse allgemeine Bedeutung. Worin bestehen diese Vorschläge, und wie sind sie zu werten?

Sie lassen sich in fünf Thesen zusammenfassen:

1. Man solle in der BRD mit „Überinterpretationen nach gemeinsamen Bewußtseinslagen der Deutschen in Ost und West im Sinne eines aktiven Wiedervereinigungswillens behutsam umgehen“. Es gäbe genügend Analysen über die Meinungsbildung, vor allem in der jüngeren Generation, die in dieser Hinsicht zur Vorsicht mahnen.

2. Es erhebe sich die Frage, ob es nicht sinnvoll sein könnte, ... eines Tages das mehr und mehr verbal gewordene Ziel staatlicher deutscher Einheit bewußt und offen aufzugeben ... (hervorgehoben von R. J.).

3. Oppermann schlägt vor, sich von einer solchen aussichtslosen und unrealen Politik abzuwenden. Sie sollte abgelöst werden durch die ... Herstellung einer möglichst engen, vielleicht eines Tages dann sogar freundschaftlichen Kooperation zweier unabhängiger deutscher Staaten ... die sich in Respektierung ihrer unterschiedlichen inneren Ordnungen als selbständig zueinander verhalten ...

Natürlich, Respektierung der Unabhängigkeit und der inneren Ordnung der DDR durch die Bonner Regierung - das fordern wir seit langem. Aber das verlangt natürlich auch die Aufgabe des Wiedervereinigungsgeschwätzes. Normale Beziehungen des sozialistischen deutschen Staates zur imperialistischen BRD aber werden auch in Zukunft kaum freundschaftlich sein und daher eine Kooperation, wie Oppermann sie erhofft, ausschließen.

Das Gesicht der Konterrevolution

4. Es sei nach Oppermann davon auszugehen, daß beide deutsche Staaten jeweils feste und wichtige Teile der entgegengesetzten Weltssysteme sind und auch nicht aus ihnen herausgelöst werden können. Die eigentliche Absicht der Aufgabe all dieser bisherigen Bonner Tabus spricht der Tübinger Professor ganz unverblümt aus:

Die BRD müsse ein solches Verhalten zur DDR finden, das dieser einen „eigenen Weg im Rahmen des Sozialismus“ ermögliche. Der Verzicht auf die Wiedervereinigungsformel könne der Schlüssel für eine erhoffte „Liberalisierung“ in der DDR werden. Oppermann geniert sich nicht, seine konterrevolutionären Absichten auch allen gründlich zu erläutern: „Auch die Funktionäre des Regimes brauchen solche Vorstellungen weniger zu scheuen, wenn die Existenz des eigenen Staates auch im Wandel gesichert erschiene“ (Hervorhebung R. J.).

Lenin sprach häufig davon, daß die Weltbourgeoisie durch die Erfahrungen der Oktoberrevolution „gewitzigt“ sei.

Mit ihm wäre hier zu sagen: Die Erfahrungen mit den Revisionisten in der CSSR 1968 zwingen die Konterrevolutionäre, ihre Unschuld, ihre Abstinenz, ihr Desinteresse an irgendeiner Aktion gegen den Sozialismus besonders auffällig zu beteuern. Sie spekulieren auf die Vergesslichkeit der Kommunisten ganz unsonst.

5. Schließlich stellt Oppermann fest, ein Verzicht auf die Theorie „innerdeutscher Sonderbeziehungen“ könnte den Weg öffnen, sehr intensive Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu entwickeln, die gleichen Umfang und weit tiefere Wirkung haben könnten als jene, die auf die bisherige Weise nicht erreichbar waren.

Europäische Friedensordnung entsteht nicht durch abenteuerliche Aktionen

Diese Vorschläge gehen davon aus, durch langfristig angelegten wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Einfluß auf die DDR eine Situation herbeizuführen, in der gegenüber dem westdeutschen Imperialismus in der Bevölkerung bis in den Staatsapparat und die Partei hinein eine Stimmung der Vertrauensseligkeit, der Sicherheit, der Sorglosigkeit entsteht. Damit, so rechnet man sich aus, entstünde ein beachtlicher politischer Handlungsspielraum für das Vorgehen gegen den Sozialismus in der DDR. Die bekannten und entlarvten, gescheiterten und unpopulären Wiedervereinigungssparolen können also kaum noch verwertbare Ergebnisse bringen.

Die Aufforderung an Bonn, auf die uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR einzugehen, ist ausschließlich darauf gerichtet, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Revanche- und Grenzforderungen fallenzulassen, genügt heute nicht mehr. Es gilt, vor aller Welt zu zeigen, daß auch das Verhältnis Bonns zur DDR „normal“ ist.

So soll Bonn den Boden für sehr intensive Koexistenz-Beziehungen zur DDR vorbereiten. Die politische Abstinenz Bonns, auffallend zur Schau gestellt, wird „Liberalisierungen“ mannigfacher Art in der DDR erzwingen. Oppermann erwähnt auch die „Öffnung der Grenzen“.

Wie diese Entwicklung aber weitergehen soll, welche Ziele sich Bonn darüber hinaus stellt, läßt Oppermann offen. Die Phantasie des Lesers mag sich nun frei entfalten.

Wir sind der Meinung, Oppermann kann sich durchaus in die Reihe derjenigen stellen, die mit ihren alten Losungen von „Wiedervereinigung“ und „innerdeutschen Beziehungen“ gescheitert sind.

Eine europäische Friedensordnung entsteht nicht durch isolierte oder abenteuerliche Aktionen. Sie entsteht durch das umfassende Übergewicht der sozialistischen Staatengemeinschaft über die antisozialistischen und aggressiven Kreise Westeuropas und der USA. Unsere weitreichenden Vorschläge über den Inhalt europäischer Sicherheit, wie sie in der Prager Deklaration vom Januar 1972 niedergelegt sind, lassen keinen Raum für konterrevolutionäre Spekulationen. Sie sind ein Friedensprogramm, das in seiner Verwirklichung eine Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf allen Gebieten mit Ausnahme der kriegerischen Mittel vorsieht. Um den Ausgang dieser Auseinandersetzung ist uns nicht bange. Er wird zur Stärkung des Sozialismus und zur Zügelung des Imperialismus führen. Allein dies hat Aussicht auf Verwirklichung.

*) Europa-Archiv Bonn, Heft 371. Wörtliche Reden in Anführungszeichen aus diesem Heft entnommen.



Genosse Dr. Jenak während eines Seminars.

Foto: Schöffler

Die wachsende Bedeutung der politisch-moralischen Faktoren im Sozialismus - was ist das? Worauf beruht das? Womit ist das begründet?

Zunächst: Worum geht es bei diesen Fragen?

Der Sozialismus in der DDR hat sich gefestigt und vervollkommenet sich weiter; die sozialistische DDR ist fest im sozialistischen Staatenbündnis verankert - das ist unabweisbar, daran ist nicht zu rütteln, das ist eine historische Gesetzmäßigkeit. Grundlage dieser Gesetzmäßigkeit sind unsere sozialistische Ordnung, die sozialistischen Produktionsverhältnisse ebenso wie die sozialistische Staatsmacht, die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und allen anderen Werktätigen.

Zugleich gilt: Diese Grundlagen sind zu nutzen, sie wirken nicht von allein, sie werden von Menschen gestaltet, durch die schöpferische Tat der Massen unter Führung der Arbeiterklasse

Sozialismus - Produkt des schöpferischen Menschen

Von Genossen Professor Dieter Teichmann, Sektion Marxismus-Leninismus

und ihrer Partei. Und die Bewußtheit dieses Handelns muß größer werden, muß wachsen, muß ständig entwickelt und geführt werden. Das ist ebenso gesetzmäßig!

Der Sozialismus ist notwendige Voraussetzung - aber zugleich kann er nur das Produkt des bewußten, schöpferischen Menschen sein.

„Nur der Sozialismus wird es ermöglichen, die gesellschaftliche Erzeugung und Verteilung der Güter nach wissenschaftlichen Erwägungen umfassend zu verbreiten und richtig zu meistern, ausgehend davon, wie das Leben aller Werktätigen aufs Äußerste erleichtert, wie ihnen ein Leben in Wohlstand ermöglicht werden kann. Nur der Sozialismus kann das verwirklichen. Und wir wissen, daß er das verwirklichen muß; im Begreifen dieser Wahrheit

liegt die ganze Schwierigkeit des Marxismus und seine ganze Kraft.“

Was sind nun die politisch-moralischen Faktoren des Sozialismus? Worin liegt seine Überlegenheit auf diesem Gebiet?

Auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Macht der Arbeiterklasse kann der Sozialismus (und kann nur er!) die Planmäßigkeit des gesellschaftlichen Handelns, die schöpferische Initiative der Massen, die politische Bewußtheit des Menschen hervorbringen und zur Triebkraft des eigenen Handelns machen.

Die Dialektik besteht nun darin: Erst der Sozialismus macht diese politisch-moralische Bewußtheit der Massen möglich, aber jetzt wird sie genauso erforderlich, unabdingbar!

Wir haben günstige Voraussetzungen dafür, die politisch-moralischen Qualitäten der revolutionären Arbeiterklasse in allen Klassen und Schichten zu entwickeln und zu festigen. Und tatsächlich wird der Marxismus-Leninismus mehr und mehr zur denk- und lebensbestimmenden Ideologie. Aber diese Bewußtseinsentwicklung ist nicht Selbstzweck - wir brauchen sie für die ökonomische und politische Festigung und Entwicklung des Sozialismus. Wir kommen keinen praktischen Schritt voran ohne Entwicklung des Bewußtseins, des sozialistischen Klassenstandpunktes.

Warum ist das so? Die erfolgreiche Festigung und Entwicklung des Sozialismus - das ist untrennbar verbunden mit höherem Bewußtsein, und das verlangt sie in steigendem Maße!

Je weiter wir vorankommen, desto größere, kompliziertere Aufgaben stellen wir uns; desto mehr Wissen, Weitsicht, Kollektivegeist, politisches und historisches Denken brauchen wir.

Nicht der satte Wohlstandsbürger ist das Ziel und die Zukunft, dem es so gut geht, daß er nicht mehr zu denken, zu lernen und zu kämpfen braucht - sondern der schöpferische Mensch, der Revolutionär, die sozialistische Persönlichkeit. Und sozialistische Bewußtheit braucht jeder, denn Sozialismus ist Bewußtheit der Massen!

Wenn jemand fragt, sind denn die

großen Aufgaben, die der VIII. Parteitag stellt, überhaupt zu schaffen, werden wir denn diese Ziele überhaupt erreichen, dann ist das genauso wert wie die Frage: Was kommt denn dann, wenn wir diese Aufgaben erfüllt haben?

Wird das immer so weiter gehen? Nimmt denn das kein Ende?

Kraft und Entwicklung des sozialistischen Menschen, das ist die Garantie für den Sieg unseres Planes ebenso wie Grundlage für neue, noch größere Aufgaben. Und dieser Mensch lebt zuerst und vor allem in der sozialistischen Arbeiterklasse.

Welche konkreten Zusammenhänge erfordern die Vergrößerung der politisch-moralischen Faktoren heute und von uns?

- Mit der höheren Effektivität in der gesellschaftlichen Arbeit wächst die volkswirtschaftliche Verantwortung des einzelnen (Grundfonds pro Arbeitsplatz). Dazu braucht man nicht nur mehr Wissen - das verlangt mehr Verantwortung!

- Mit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit wachsen die Anforderungen an Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin. Das Kollektiv ist kein Deckmantel für Schlämperei, Bummelei...

- Mit der Entwicklung sozialistischer Demokratie, mit der wachsenden Teilnahme aller Werktätigen an der Planung und Leitung gesamtgesellschaftlicher Prozesse, im Prozeß der Durch-

dringung aller Sphären mit sozialistischer Ideologie und Kultur wird es mehr und mehr erforderlich, die Entwicklung des Sozialismus als Ganzes zu sehen und bei allen Problemen von den politischen Hauptzielen des Sozialismus auszugehen: Von der Führungsrolle der Arbeiterklasse, ihrer marxistisch-leninistischen Partei und Ideologie.

- Besonders tritt hervor, daß mit der Integration der DDR in die sozialistische Staatengemeinschaft die politisch-moralische Verantwortung jedes Kollektiva und jedes einzelnen mehr und mehr von den Interessen und Aufgaben des sozialistischen Weltsystems ausgehen muß. Dieser politisch-moralische Faktor reicht von Fragen der Exporttreue innerhalb der Plandisziplin bis zur Festigung des sozialistischen Internationalismus innerhalb der sozialistischen Bewußtseinsbildung.

- In den siebziger Jahren werden die Bildung der Werktätigen sowie der Anteil der geistig-schöpferischen Arbeit in der Produktion und die wachsende Teilnahme an der Leitung der Gesellschaft zunehmen. Um so notwendiger wird es, daß jeder Werktätige eine feste weltanschauliche Orientierung, einen klaren politisch-moralischen Standpunkt auf dem Boden des Marxismus-Leninismus gewinnt.